



02. Sept. 2003

An alle Lehrerinnen und Lehrer
an hessischen Schulen

Sehr geehrte Damen und Herren!
Liebe Lehrerinnen und Lehrer!

Ich habe dem Hessischen Kabinett im Rahmen meiner Richtlinienkompetenz Vorgaben für die Haushaltsplanung des Jahres 2004 gemacht, die zu erheblichen Veränderungen und Einschränkungen in allen Bereichen der Hessischen Landesverwaltung und bei den Bürgern führen werden. Zu diesen Maßnahmen gehört eine deutliche Verlängerung der Wochenarbeitszeit, die Kürzung des Weihnachts- und die Streichung des Urlaubsgeldes für alle Beamtinnen und Beamten des Landes Hessen. Um absehbar eine Gleichbehandlung von Beamten und Angestellten zu erreichen, werden wir dafür Sorge tragen, dass die tarifvertraglichen Regelungen für Arbeiter und Angestellte des Landes Hessen mit dem Ziel gekündigt werden, vergleichbare Regelungen wie im Beamtenbereich auch dort umzusetzen. Wir werden auch hier eine Angleichung der Arbeitszeit zur Voraussetzung weiterer Tarifierhöhungen machen.

Ich bin mir ganz sicher, dass in den Dienststellen des Landes über diese Maßnahmen keine Freude herrschen wird. Es ist wohl realistischer, von erheblicher Betroffenheit und Verärgerung auszugehen. Genau das ist der Grund, warum ich mich unmittelbar an dem Tag an Sie wende, an dem meine Entscheidungen bekannt werden. Ich weiß auch, dass viele von Ihnen deshalb enttäuscht sind, weil ich bisher bei allen Maßnahmen darauf bestanden habe, dass Belastungen auf Beamte, Angestellte und Arbeiter gleichmäßig verteilt werden. Diesen Grundsatz kann ich angesichts der katastrophalen Finanzlage jedenfalls für eine Übergangszeit nicht aufrechterhalten.

Ich weiß sehr wohl, dass viele von Ihnen erwartet haben, dass in einer absehbaren Zeit ihre Arbeitszeit verringert wird. Sie haben zugleich auf eine schnelle Verringerung der Klassenfrequenzen gehofft. Deshalb werden am heutigen Tag Ärger, Enttäuschung – sicherlich auch manchmal das Gefühl der Missachtung Ihrer Arbeit – überwiegen. Aus vielen Gesprächen in den Schulen und mit Ihren Kolleginnen und Kollegen in den letzten Jahren bin ich mir der besonderen Problematik dieser Entscheidung bewusst. Im Vordergrund meiner Überlegungen muss jedoch stehen, dass die Kinder, denen Sie durch Ihren Unterricht den Weg ins Leben ermöglichen, zwar besser ausgebildet, andererseits aber nicht mit einer schweren Hypothek belastet aufwachsen sollen. Drei Jahre haben wir darauf gehofft, dass die Konjunktur wieder anspringt und wir die Folgen des wirtschaftlichen Schrumpfungsprozesses in Deutschland aufholen können. Wir haben in dieser Zeit im Bereich der Bildungsinvestitionen nicht nur für die Unterrichtsversorgung viel getan. Die Entscheidungen der letzten vier Jahre führten auch für Sie zu einer gewissen Arbeitsentlastung, die Sie ja durchaus anerkannt haben.

Jetzt allerdings stehe ich vor einer grundsätzlichen Alternative: Entweder bin ich gezwungen, die Errungenschaften unserer Bildungspolitik, die ja zugunsten unserer Kinder und ihrer Fähigkeit, sich im internationalen Wettbewerb zu behaupten, getroffen wurden, zurückzunehmen und die freiwerdenden Stellen nicht wieder zu besetzen. Oder ich muss unter Berufung auf das Beamten-gesetz von Ihnen eine höhere Arbeitsleistung verlangen. Wenn man das Ziel der Hessischen Landesregierung akzeptiert, zu den wirtschaftlich gesündesten Bundesländern gehören zu wollen und im Grad der Verschuldung nicht hinter andere Bundesländer zurückzufallen, gibt es leider keinen dritten Weg. Kein Politiker begibt sich gerne in die Situation, die Verärgerung der von politischen Maßnahmen betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu provozieren. Sie können deshalb sicher sein, dass ich mir diese Entscheidung nicht leicht gemacht habe. Wenn ich die mit meinem Eid verbundene Verpflichtung, den Nutzen des Landes zu mehren und Schaden von ihm abzuwenden, allerdings ernst nehme, ist die schwer wiegende Arbeitsbelastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Öffentlichen Dienstes das geringere Übel im Vergleich zu der Entscheidung, durch Nichteinstellung von Lehrern und Reduzierung von Stundentafeln dauerhaft eine Generation schlechter auszubilden, als es nach unserer gemeinsamen Überzeugung notwendig ist.

Mit der Kultusministerin habe ich vereinbart, dass wir für den Bereich der Lehrkräfte eine dem durch Ruhestand freiwerdenden Fachbedarf entsprechende Einstellungsquote auch im Jahre 2004 vorsehen werden. Zum anderen wird ein Teil der Mehrarbeit im Bereich Schule im Gegensatz zur übrigen Landesverwaltung weiterhin Gestaltungsmöglichkeiten in den Schulen ermöglichen. Die Landesregierung bleibt darüber hinaus bei ihrem Entschluss, bis zum Jahr 2008 500 zusätzliche Lehrerstellen zu schaffen, um Qualitätsverbesserungen vornehmen zu können. Aber dazu gehört, dass wir zuvor im Jahr 2004 Konsolidierungsschritte einleiten müssen, die uns dann wieder Gestaltungsmöglichkeiten geben, die wir ohne diese notwendigen und entschlossenen Maßnahmen mit Sicherheit verlieren würden.

Sie werden in den nächsten Tagen auch mit Ihren Schülerinnen und Schülern und deren Eltern in Ihren Schulen diskutieren, und Sie werden dabei – das weiß ich wohl – Ihrer Verärgerung Luft machen. Es wäre gut, wenn Sie dennoch bereit wären, in diesen Diskussionen auch über die von mir geschilderte Alternative und die dazugehörigen Abwägungsprozesse – angesichts der Notwendigkeit, innerhalb eines Jahres eine Haushaltsverbesserung von 1 Mrd. € herbeiführen zu müssen – zu sprechen.

Sie alle wissen, dass ein solcher Betrag ohne Eingriffe in die Personalkosten unmöglich erreicht werden kann. Die Tatsache, dass vor allem durch den Anstieg der Versorgungslasten und die Tarifierhöhungen in den Jahren von 1998 bis heute allein die Summe für Personal um mehr als zehn Prozent gestiegen ist, unterstreicht diese Notwendigkeit. In jedem Wirtschaftsunternehmen müssten in dieser Situation unter Anwendung eines Sozialplanes und durch Ausspruch von betriebsbedingten Kündigungen kurzfristig einige Tausend Arbeitsplätze entfallen.

Die Hessische Landesverwaltung wird allerdings betriebsbedingte Kündigungen nur in einigen wenigen Bereichen prüfen. Beamtinnen und Beamte sind in diesen schwierigen Zeiten in der günstigen Situation, vor solchen Sorgen um ihre berufliche Existenz geschützt zu sein. Aus diesem Schutz erwachsen aber auch Pflichten.

Ich weiß, dass dies nicht populär ist. Dennoch ist es jetzt an der Zeit, Ihre Arbeitszeit so zu gestalten, dass die Pflichten und Aufgaben des Staates trotz der dramatischen wirtschaftlichen Krise heute und in kommenden Jahren noch erfüllt werden können. Dies erfordert die Verlängerung der Arbeitszeit, die Kürzung des Weihnachts- und die Halbierung bzw. Streichung des Urlaubsgeldes für die hessischen Beamten. Wir haben versucht, bei den Maßnahmen, die unmittelbar zu Einkommensverlusten führen, den sozialen Aspekt nicht außer Acht zu lassen. Es werden folgende Neuregelungen gelten:

1. Verlängerung der Wochenarbeitszeit:

- bis zum 50. Lebensjahr: zusätzlich um 1 Unterrichtsstunde pro Woche.
- bis zum 60. Lebensjahr: zusätzlich um ½ Unterrichtsstunde pro Woche.

Ab dem 61. Lebensjahr bleibt es bei der bisherigen Unterrichtsverpflichtung.

Die bisherige Altersentlastungsregelung bleibt unberührt.

2. Kürzung des Weihnachtsgeldes:

- für Aktive: auf 60% eines Monatsbezuges
- für Versorgungsempfänger: auf 50% eines Monatsbezuges

Die Kürzung erfolgt bereits 2003. Ab 2004 wird das Weihnachtsgeld auf 12 Monate verteilt und beträgt 5% vom jeweiligen Monatsgehalt. Im Gegensatz zu den letzten Jahren wächst es mit der Steigerung des Grundgehaltes mit und ist ruhegehaltstfähig. Auch die Kinderkomponente im Weihnachtsgeld bleibt von der Kürzung ausgenommen.

3. Kürzung bzw. Streichung des Urlaubsgeldes

- Halbierung des bisherigen Urlaubsgeldes auf einen Festbetrag in Höhe von 166 € bis BesGr. A8.
Zum Vergleich: In Bayern sind es nur 100 € In Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen wird ganz gestrichen. Außerdem verzichtet Hessen darauf, bereits für 2003 gezahltes Urlaubsgeld beim Weihnachtsgeld 2003 abzuziehen, wie es z.B. in Baden-Württemberg der Fall ist.
- Streichung des Urlaubsgeldes ab der BesGr. A9

4. Keine Änderung bei der Beihilfebemessung

Selbstverständlich treffen alle Kürzungsmaßnahmen die Mitglieder der Landesregierung ebenso wie jeden Einzelnen von Ihnen. Darüber hinaus werden die Kabinettsmitglieder und ich für die jetzige Tarifperiode auf jegliche Besoldungserhöhung verzichten. Wir halten dies für notwendig, um zu zeigen, dass wir in einer schweren wirtschaftlichen Krise der Bundesrepublik Deutschland keinen von seinem Beitrag ausnehmen können.

Auch andere Entscheidungen, wie etwa die Kürzung aller sächlichen Verwaltungsausgaben um 7,5 Prozent im nächsten Jahr oder die Reduzierung aller Subventionen/freiwilligen Leistungen um ein Drittel bringen nur im Zusammenhang mit den Maßnahmen im Bereich des Personalhaushalts einen messbaren Beitrag zur strukturellen Gesundung.

Selbst nach all diesen Maßnahmen ist eine Erreichung des Ziels einer Entlastung des Haushalts in Höhe von ca. 1 Mrd. € im Vergleich zu den bisherigen Planungen nur möglich, wenn Vermögenswerte des Landes Hessen veräußert und im normalen Haushaltskonsum verbraucht werden.

Ich habe den Finanzminister gebeten, seinen Planungen ein wirtschaftliches Wachstum von 1 Prozent für das kommende Jahr zugrunde zu legen. Dies geschieht auch deshalb, weil wir von zu optimistischen Zahlen der Bundesregierung in den letzten Jahren immer enttäuscht wurden. Ab dem Jahr 2005 hoffen wir wenigstens auf eine normale wirtschaftliche Entwicklung, die uns auch wieder ein Wachstum von 2 Prozent beschert. Jedem von uns muss klar sein: ohne wirtschaftliches Wachstum, ohne erfolgreichere Geschäftsabschlüsse und ohne ein größeres Interesse der Betriebe, neue Arbeitsplätze in Deutschland zu schaffen, werden die Probleme auf Dauer unlösbar sein. Ich hoffe, dass es uns gelingt, bei der Bundesregierung die Schritte durchzusetzen, die für eine solche Gesundung auch in unserem wirtschaftsstarken Land Hessen notwendig sind.

Die Landesregierung geht davon aus, dass sie in Hessen mit den Maßnahmen die wesentlichen strukturellen Grundlagen geschaffen hat und dann wieder ein Neuaufbau beginnen kann.

Viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in ganz Deutschland in den unterschiedlichsten Unternehmen haben solche Zeiten des radikalen Umbaus und der Veränderung in der Vergangenheit schon mitmachen müssen. Freilich haben manche gehofft, dass der Öffentliche Dienst davon verschont bleibt. Dies ist aber nicht möglich. Wir müssen jetzt beweisen, dass wir im Öffentlichen Dienst mit unseren Mitteln und dem Vorteil der Arbeitsplatz-Sicherheit ebenso wie alle anderen in der Lage sind, krisenhafte Situationen zu bewältigen, anstatt sie auf unsere Kinder abzuwälzen. Ich bin davon überzeugt, dass die Hessische Landesverwaltung aus einem solchen Prozess gestärkt hervorgehen kann - mit besseren Arbeitsstrukturen, die den Beteiligten das Arbeiten leichter machen, einem hohen Ansehen in der Bevölkerung ob der Leistungsfähigkeit in der Krise und auch mit der gemeinsamen Motivation, schwierige Zeiten bewältigt zu haben. Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie sich - nach dem sehr verständlichen Ärger der ersten Stunde - mit mir und allen Kolleginnen und Kollegen der Landesregierung gemeinsam auf den Weg machen würden, diese Herausforderung zu bewältigen.

Wir werden uns gemeinsam den harten Realitäten der Zahlen zu stellen haben. Wenn wir sie bewältigen, kann das nicht nur eine Quelle von Ansehen und Stolz für den Öffentlichen Dienst sein, sondern auch der Start zu besseren Bedingungen unserer Arbeit in den Jahren nach der Krise und eine gute Basis für eine sichere Zukunft.

Mit freundlichen Grüßen



Roland Koch